Dieser Service der NachDenkSeiten soll Ihnen einen schnellen Überblick über interessante aktuelle Artikel und Sendungen verschiedener Medien verschaffen. Heute u. a. zu folgenden Themen: Essensmarken in den USA, Lepra in China, volkspsychologische Reaktionen zur Sparpolitik, Taler, Taler, du musst wandern, „Fachkräftemängel“, Strompreise, Staatsschuldenkrise, Bank drängt Kindern mit Schulhilfe Girokonten auf, Kartoffeldebatte ohne Beweise, zu guter Letzt, das Letzte. Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert. (RS)

1. 42 Millionen US-Amerikaner brauchen Essensmarken
2. Wer den Aussätzigen hilft
3. Ich ziehe den Betrug der Wähler vor
4. Taler, Taler, du musst wandern
5. „Fachkräftemangel“
6. Strompreise
7. Staatsschuldenkrise
8. Bank drängt Kindern mit Schulhilfe Girokonten auf
9. Kartoffeldebatte ohne Beweise
10. Zu guter Letzt: Volker Pispers: Emanzipation

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **42 Millionen US-Amerikaner brauchen Essensmarken**
   Havard-Professor Hans-Helmut Kotz spricht im FR-Interview über die neue Armut in Amerika, die zusätzlichen Probleme nach dem Sieg der Republikaner und die Notwendigkeit zur Kooperation:
   “Tatsächlich geht es darum, wie die zu hohen und deshalb korrekturbedürftigen Leistungsbilanzschieflagen auf ein durchhaltbares Maß gebracht werden. Die amerikanischen Haushalte, die in den vergangenen Jahren den globalen Konsum angetrieben haben, sind schlicht am Ende. Diese Ungleichgewichte waren eine der Ursachen der Krise. Die G20 handelt davon, wer die Anpassungslasten trägt. Diese Ungleichgewichte waren eine der Ursachen der Krise. Die G20 handelt davon, wer die Anpassungslasten trägt. Sie muss vor allem eine gemeinsame Sicht der Dinge entwickeln. … Sind die Interessenunterschiede unüberbrückbar, oder werden als solche konstruiert, dann geraten wir in die schlechteste aller möglichen Lagen. Bei einem Rette-sich-wer-kann-Verhalten dominiert am Ende immer der stärkste Spieler. Den anderen bleibt nur die Option des Anpassens.”

Und der stärkste Spieler sind noch immer die USA?
"Auf jeden Fall."
Quelle: FR

2. **Wer den Aussätzigen hilft**
Experten schätzen, dass es weltweit noch etwa 12 Millionen Leprakranke gibt – in China sollen es etwa 200.000 Menschen sein, die von Lepra oder ihren Spätfolgen gezeichnet sind. Im so imposant aufstrebenden Reich der Mitte gab es noch vor zwei Jahren nach Angaben staatlicher Medien rund 1.600 Neuinfektionen pro Jahr. Nach wie vor vegetiert die Mehrheit der Leprakranken in Verhältnissen, die zum Erbarmen sind: Sie sind ausgestoßen aus der Gesellschaft, häufig verbannt in die Berge, fernab der Zivilisation sich selbst überlassen. In vielen von Lepra betroffenen Dörfern fehlt jegliche ärztliche Versorgung, Strom und sauberes Trinkwasser sind Mangelware. Schwester Maria kümmert sich mit sechs weiteren Nonnen um die Ausgestoßenen. Unterstützt werden sie von der Jesuitenhilfsorganisation Casa Ricci Social Services. Lepra ist heutzutage heilbar, schon innerhalb eines Jahres, wenn sie mit einer Kombination von drei Antibiotika regelmäßig und konsequent behandelt wird. Doch gerade in ländlichen Gebieten leben viele ehemalige Leprakranke, die durch ihre Krankheit verstümmelt sind, weiterhin in sozialer und räumlicher Isolation.
Quelle: TAZ

Anmerkung Orlando Pascheit: *China mag ja, wie es selbst propagiert, zu großen Teilen noch ein Entwicklungsland sein – aber mit einem vollen Staatssäckel. Deshalb ist die Existenz von Leprakranken in diesem Land ein Skandal, genauso wie die Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft oder die zahllosen Umweltsünden bis hin zur Vergiftung der eigenen Bevölkerung. China sollte sich seiner wirklichen Probleme im Inneren annehmen, statt beispielsweise westlichen Diplomaten Drohbriefe zu schicken, um sie von der Teilnahme Festakt zur Verleihung des Friedensnobelpreises abzuhalten.*

3. **Ich ziehe den Betrug der Wähler vor**
Schweigende oder streikende Mehrheit: Warum reagieren Briten, Franzosen, Amerikaner und Deutsche so verschieden auf rigorose Sparpolitik?
Quelle: Süddeutsche Zeitung

Anmerkung Orlando Pascheit: *Ein anregender Text, auch wenn er einseitig auf eine Art Psychologie der Nationen abzielt. Aber einseitige Analysen haben durchaus den Vorteil, vernachlässigte Aspekte an das Tageslicht zu bringen. Und, schon die Fragestellung ist interessant und anregend.*
In einem Punkt muss aber entschieden widersprochen werden. Andreas Zielcke

schreibt: "Die bestürzte Frage, die sich drüben so viele liberale Kommentatoren stellen, wie es denn sein könne, dass die Amerikaner in den Midterm-Wahlen 'gegen ihre eigenen Interessen' stimmen konnten (da doch die Demokraten den Kapitalismus gerettet und dem Land ein soziales Gesundheitssystem verschafft hätten, die Republikaner aber das Rad zurückdrehen würden), diese Frage greift darum zu kurz. Es geht um mehr als um widerstreitende materielle Interessen." Es geht aber sehr wohl um materielle Interessen. So steht hinter der Tea-Party-Bewegung eine Interessengruppe, sie sich vor allem für niedrigere Steuern einsetzt. Finanziert wird sie von dem rechtskonservativen Ölunternehmer David Koch. Er und sein Bruder Charles unterstützen auch sonst viele Kampagnen gegen Projekte von Obama, z.B. gegen Umweltgesetze. Das Kunststück des amerikanischen Kapitals bestand darin, von ihren materiellen Intereressen völlig abzulenken und sich tief verwurzelter amerikanischer Reflexe zu bedienen: dass Obamas Gesundheitsreform, sein Konjunkturprogramm oder seine Umweltpolitik direkt in den Kommunismus führten. Strategien die dann in Plakate mündeten, in denen Obama mit Hitler und Lenin gleichgesetzt wurde. Es zeugt von einer großen Meisterschaft die mit dem sinkenden Lebensstandard einhergehende diffuse Wut der Bevölkerung in einem Protest münzen, der auf einer Art patriotischer Nostalgie basiert, die wiederum den Gegensatz zwischen den Interessen der Geldgeber des Protests und den Interessen der Bevölkerung vernebelt.

4. **Taler, Taler, du musst wandern**
   Interview mit Thomas Strobl, erschien am 30. Oktober im Geld-Magazin der Sächsischen Zeitung. Das Interview führten Marcus Krämer von der Sächsischen Zeitung und Alexander Petring, Ökonom am Max-Planck-Institut Strobl ist Autor des neulich bei dtv erschienen Buches "Ohne Schulden läuft nichts – Warum uns Sparsamkeit nicht reicher, sondern ärmer macht" gewidmet der schwäbischen Hausfrau.
   Quelle: weissgarnix
5. **„Fachkräftemangel"**
   a. **Neue Studie: DIW-Experten bezweifeln Mangel an Fachkräften**
      Die deutsche Industrie klagt seit Jahren über den Mangel an Fachkräften und vermeintlich fatale Folgen für die Wirtschaft. DIW-Forscher haben sich die populäre These genauer angeguckt – und sind zu einem eindeutigen Ergebnis gekommen: Sie ist falsch.
      Quelle: Spiegel-Online

      parallel dazu in der FAZ:

b. **Deutschland verliert Spitzenkräfte**
In den vergangenen Jahren kehrten im Jahresdurchschnitt etwa 40.000 deutsche Führungskräfte und Wissenschaftler ihrer Heimat den Rücken. Demgegenüber standen lediglich 38.500 Zuwanderer mit ähnlicher Qualifikation. Die Hochqualifizierten zieht es laut einer Studie vor allem nach Großbritannien und Schweden.
Quelle: FAZ

Anmerkung eines unserer Leser: *Dass das Märchen vom Fachkräftemangel nicht stimmt, wussten wir, es geht vielmehr um die eierlegende Wollmilchsau, die sich für € 500,- im Monat voll und ganz in den Dienst der Firma stellt, selbstverständlich mit Überstunden und Wochenendarbeiten, die bereits in den € 500,- inbegriffen sind. Im Schulterschluß mit den zuständigen Politikern werden es unsere Wirtschaftsvertreter wie Hundt & Co. schon noch schaffen, dieses Landvollends zur Entwicklungswüste zu machen.*

Und wo kommt diese Studie wohl her? Raten Sie mal…

c. **Deutschland verliert im Wettbewerb um die besten Köpfe in Europa**
Studie der Bertelsmann Stiftung zeigt negativen Wanderungssaldo für Hochqualifizierte
"Wir brauchen einen Perspektivwechsel bei der Zuwanderung", betonte Thielen. "Deutschland muss attraktiver werden für Hochqualifizierte. Wir können uns dabei an erfolgreichen Einwanderungsgesellschaften orientieren und das Beste aus den unterschiedlichen Systemen der Zuwanderungssteuerung übernehmen." Die Bertelsmann Stiftung werde hierzu Vorschläge erarbeiten. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft müssten ein großes Interesse daran haben, die besten Köpfe aus aller Welt anzuziehen und ihnen interessante Perspektiven zu bieten.
Die Bertelsmann Stiftung empfiehlt in der aktuellen Debatte eine Kombination der etwa in Kanada oder Großbritannien praktizierten Modelle, die vor allem auf die Qualifikation der Zuwanderer setzen, mit Modellen wie in Schweden, die sich enger am Arbeitsmarkt orientieren.
Quelle: idw

Anmerkung RS: *Na, klar, wenn die Leute nicht kommen wollen, dann sollen die Zuwanderungsgesetze geändert werden, damit nur die Leute, die nicht hierher wollen, hereingelassen werden.*
Weshalb die nicht kommen wollen? Die Arbeitsbedingungen sind es natürlich nicht, nein, nein, das kann nicht sein.

d. **Kampf der Studien**
Deutschland fehlen Fachkräfte – das beklagen die Lobbyverbände der Arbeitgeber umso lauter, je mehr sich die Lage auf dem Jobmarkt bessert. Stimmt gar nicht, haben Ökonomen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin nun herausgefunden. Allein: Der DIW-Wochenbericht, in dem ihre Erkenntnisse veröffentlicht werden sollten, durfte nicht wie sonst üblich am Dienstag erscheinen. Institutschef Klaus Zimmermann legte sein Veto ein. Grund: Zimmermann fürchtete Insidern zufolge um seine Präsenz in der Presse. Am heutigen Mittwoch will er in seiner Eigenschaft als Chef des Instituts zur Zukunft der Arbeit eine „Agenda Zuwanderung" vorlegen. In einem Zehn- Punkte-Plan plädiert er für die gezielte Anwerbung von Fachkräften. „Das soll unbedingt in die Medien", hieß es – mit Blick auf den Koalitionsausschuss, der das Thema am Donnerstag behandelt. Die mediale Präsenz habe Zimmermann durch die DIW-Studie in Gefahr gesehen. Sie soll nun erst am Donnerstag veröffentlicht werden.
Quelle: Tagesspiegel

Anmerkung Orlando Pascheit: *Es ist wohl eher zu vermuten, dass Zimmerman die Studie entschärfen will, dazu ist Bundesregierun ein zu wichtiger Auftragsgeber. Gespannt darf man sein, wie sich das Rätsel lösen wird, dass ein inhaltlicher Widerspruch zwischen der Expertise und Zimmermann nicht bestünde, wie "ein Kenner des Vorgangs" versichert.*

6. **Strompreise**
   a. **Vattenfall verlangt neun Prozent mehr für Strom in Berlin**
   Hunderttausende Berliner müssen sich auf drastisch steigende Strompreise einstellen. Der Konzern Vattenfall begründet den Preissprung zum Jahreswechsel mit der steigenden Umlage für erneuerbare Energien. Für eine Durchschnittsfamilie wird es pro Jahr 80 bis 90 Euro teurer.
   Quelle: Tagesspiegel
   b. **Strompreise: Vattenfall in unfeiner Gesellschaft**
   Auch Vattenfall begründet die Erhöhung seiner Tarife um rund neun Prozent mit den steigenden Kosten für die erneuerbaren Energien, die ja per Gesetz auf alle Stromkunden umgelegt werden müssen. Das Prinzip: Je mehr Windräder, Solardächer und Biogasanlagen ans Netz angeschlossen werden, desto mehr Geld muss eingesammelt werden, um ihren Besitzern eine Vergütung zu zahlen. Weil ihre Zahl steigt, steigt auch der Strompreis. Das alles ist richtig. Es lässt sich allerdings genau ausrechnen, um wie viel diese so genannte EEG-Umlage

steigt: um 1,483 auf dann 3,53 Cent je Kilowattstunde. Vattenfall schlägt nun aber rund zwei Cent drauf. Auch Berlins großer Versorger schürt also bei Kunden Stimmung gegen den Ökostrom und zweigt sich leise einen Extra-Betrag ab. Allein den klimafreundlichen Umbau unseres Energiesystems als Grund vorzuschieben, ist unredlich – vor allem nachdem Vattenfall & Co. von der Regierung gerade erst mit einer lukrativen Verlängerung der Akw-Laufzeiten beschenkt worden sind.
Quelle: Tagesspiegel

7. **Staatsschuldenkrise**
   a. **Euro-Finanzminister dürfen Fehler von Griechenland nicht wiederholen**
   Irland-Hilfe muss solidarisch sein / Keine weiteren Kürzungen
   Eurozone aufgefordert, sich das Scheitern der Griechenland-Rettung einzugestehen, ihre dortige Politik zu überarbeiten und in Irland von vornherein einen anderen Weg einzuschlagen. “Ein halbes Jahr, nachdem die EU-Kommission, die Europäische Zentralbank und der Internationale Währungsfonds die Fäden in der griechischen Haushaltspolitik übernommen haben, sind die verheerenden Folgen des radikalen Sparkurses unübersehbar: Die ökonomische Entwicklung Griechenland wird um Jahre zurückgeworfen, die sozialen Probleme werden immer größer”, sagte Steffen Stierle, Mitglied im Attac-Koordinierungskreis. “Die Fehler der Griechenland-Rettung dürfen sich nicht in Irland wiederholen.”
   Quelle: Attac
   b. **Griechenland-Krise : Papandreou attackiert Deutschland**
   Ministerpräsident Papandreou behauptet, die deutsche Haltung könne seinem Land das Genick brechen.
   Quelle: FR

   Anmerkung Volker Bahl: *Und die Iren sehen das inzwischen ähnlich! Womit sie /er wahrscheinlich recht haben / hat, wenn man noch einmal Robert von Heusinger mit seinen Ausführungen zur Spekulation und dem Euro genau folgt:*

> “Mit dem Euro hatten die Europäer die große Chance, die Spekulation außen vor zu lassen sowie die Globalisierung dank der Weltwährung Nummer zwei entscheidend mitzubestimmen. Aber statt international mit einer Stimme zu sprechen, wiederholte Bundeskanzlerin Merkel – schon – im NRW-Wahlkampf das Undenkbare so lange, bis es die Spekulanten geglaubt haben : Nämlich dass Mitgliedstaaten des Euro

> Pleite gehen können. Damit kam die Spekulation auf dem Umweg über die Insolvenzmöglichkeiten der Staaten wieder zurück nach Euroland….
> Plötzlich wurde den internationalen Anlegern nämlich klar , dass es – dank Merkel – einen einheitlichen Währungsraum, der eine Alternative zum Dollar sein könnte gar nicht gibt….”

So “sprengt” die in ihrem ökonomischen Sachverstand von “unserer” Journaille so hochgeschätzte Kanzlerin den Euro ein weiteres Mal in die Luft ? Und ob uns die Chinesen davor “retten” , bleibt abzuwarten.

c. **Merkels großes Missverständnis**
Mit ihren Umschuldungsplänen für schwache Staaten gefährdet die Bundesregierung die Zahlungsfähigkeit der gesamten Euro-Zone. Nun muss die Europäische Zentralbank eingreifen.
Quelle: FTD

8. **Bank drängt Kindern mit Schulhilfe Girokonten auf**
Das Essen in der Kantine einer Schule soll künftig mit Geldkarten bezahlt werden. Die Haspa soll das für ihre Zwecke genutzt haben.
Quelle: Welt
9. **Kartoffeldebatte ohne Beweise**
Familienministerin Kristina Schröder hat allgemeine Aggressionen gegen Deutsche ausgemacht. Aber die Ministerin hat gar keine Studien, die das belegen. Das ergab jetzt eine Anfrage des grünen Bundestagsabgeordneten Sven-Christian Kindler ans Schröder-Ministerium. Dafür findet ein Mitarbeiter aus dem Haushaltsreferat eigene Beweise: “So geht im Bundesfamilienministerium täglich eine Fülle von Eingaben und Zuschriften ein, in denen sich Bürgerinnen und Bürger zustimmend und unterstützend zur Kritik der Bundesfamilienministerin äußern.”
Der Mitarbeiter der Außenstelle Bonn zitiert zudem die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sowie eine Untersuchung des Kriminologischen Instituts Niedersachsen, die im Juni veröffentlicht wurde. Darin habe der Institutsleiter Christian Pfeiffer “auf die Problematik der Deutschenfeindlichkeit bei jungen Muslimen aufmerksam gemacht”. Seine Studie sei gründlich missverstanden worden, erklärte Christian Pfeiffer daraufhin in verschiedenen Zeitungen. Es gebe zwar “klare Hinweise” darauf, dass Jugendliche aus Einwandererfamilien Deutsche angreifen: Fast ein Viertel von ihnen hätte Deutsche schon mal beschimpft und knapp 5 Prozent hätten absichtlich einen Deutschen geschlagen. Weitaus stärker ausgeprägt sei aber die Ablehnung deutscher Jugendlicher gegenüber migrantischen Gleichaltrigen, betont

Pfeiffer: 40 Prozent der deutschen Jugendlichen lehnen türkische Jugendliche ab. “Angehörige der weißen Mehrheitsgesellschaft sind keinem strukturellen Rassismus ausgesetzt”, sagt der Grüne Sven-Christian Kindler: “Schröders Äußerungen sind pseudowissenschaftlicher, gefährlicher Quatsch.” Vor einer Woche hat die Bundesregierung ein Drittel der Mittel für die Integration benachteiligter Jugendlicher in die Freiwilligendienste gekürzt. Statt ursprünglich 2 Millionen Euro stehen jetzt 1,4 Millionen Euro zur Verfügung.
Quelle: TAZ

10. **Zu guter Letzt: Volker Pispers: Emanzipation**
Quelle: WDR